

Privatisierung statt Zwangsabgabe

Deutsche Ökonomen rütteln an der Legitimation öffentlichrechtlicher Sender

In Deutschland kritisieren Ökonomen verstärkt die Vormachtstellung von ARD und ZDF. Es gebe weder ein Marktversagen zu korrigieren, noch müsse man ohne sie um die Meinungsvielfalt fürchten, heisst es in einer Studie.

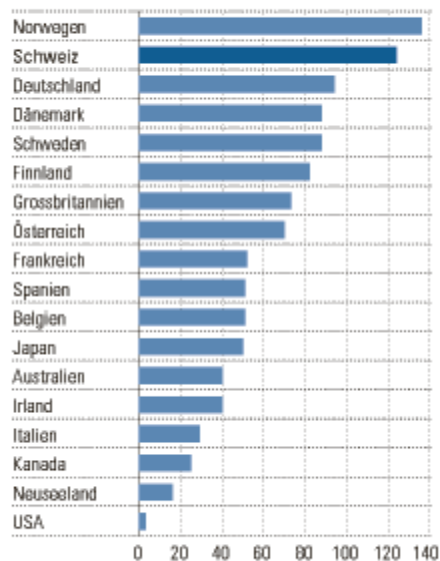
Christoph Eisenring, Berlin

Die Einführung der Zwangsabgabe für ARD, ZDF und Deutschlandradio 2013 hat die starke Stellung der öffentlichen Sender weiter zementiert. Schon deshalb ist die bevorstehende Abstimmung in der Schweiz über eine Radio- und Fernsehgebühr mehr als nur eine Formsache. Die Zwangsgebühr ruft in Deutschland verstärkt Ökonomen auf den Plan, die für eine grundlegende Reform werben. **Der frühere Chef der deutschen Monopolkommission, Justus Haucap, schlägt in einem Gutachten für die Denkfabrik Prometheus die Privatisierung der Sender vor.** Die Verkaufserlöse sollten in eine Stiftung fliessen, aus der förderungswürdige Inhalte finanziert würden. Um diese Gelder könnten sich alle Sender bewerben.

Doch sind öffentlichrechtliche Sender für die Meinungsbildung nicht unentbehrlich? Im analogen Zeitalter mag an dieser Begründung vielleicht etwas dran gewesen sein, da die Zahl der Sender technologisch eng begrenzt war. Doch Haucap und seine Mitautoren verweisen auf das Angebot von mittlerweile 400 Sendern in Deutschland, auf Video-on-Demand wie Netflix und das Internet. Diese Vielfalt sorgte auch für Meinungspluralismus. Früher habe es womöglich ein «Marktversagen» gegeben. Doch es sei paradox, dass dessen Verschwinden nicht zu einer Reduktion öffentlichrechtlicher Sender geführt habe, heisst es im Gutachten. Vielmehr würden diese weiter expandieren - jüngst besonders im Internet.

Die Schweiz fast an der Spitze

Öffentliche Rundfunkausgaben pro Kopf 2011, in €



QUELLEN: BERAT BMF, CESIFO

NZZ-INFOGRAFIK / efi

Es kann auch nicht davon die Rede sein, dass öffentliche Sender sich auf ein Grundangebot limitieren. In Deutschland gibt es 23 öffentlichrechtliche Fernseh- und 63 Radiosender. Drei Viertel der Selbstkosten im ersten Programm der ARD entfallen auf Sport, Unterhaltung, Spielfilm und Fernsehspiel - Programmpunkte, die auch bei privaten Sendern gut aufgehoben sind. Und wer am effizienten Mitteleinsatz zweifelt, findet dafür zumindest anekdotische Evidenz. Für Aufsehen hatte 2012 gesorgt, dass ARD und ZDF mit 480 Leuten, davon 150 Redaktoren, die Olympischen Spiele in London abdeckten. An den Spielen nahmen knapp 400 deutsche Sportler teil. Letzte Woche wurde ferner in deutschen Medien kolportiert, der WDR habe 2,7 Mio. € an den Entertainer Thomas Gottschalk bezahlt, für Sendungen, die nie produziert wurden, weil die erste Serie 2012 ein Flop war.

Und wer profitiert davon, dass alle Haushalte gleichermassen die Gebühr bezahlen müssen? Öffentliche Programme werden am meisten von älteren und gut gebildeten Westdeutschen konsumiert. Durch die Abgabe kommt es somit implizit zu Transfers von Jung zu Alt, Arm zu Reich und Ost nach West.

Öffentliche Sender erklären, sie würden die Bürger mit qualitativ hochstehender Information über Politik und Kultur versorgen. Ökonomen sprechen hier von einem «meritorischen Gut», dessen Konsum gesellschaftlich als besonders erwünscht gilt. Haucap entlarvt dieses Argument: Es setze voraus, dass eine Gruppe von Personen genau wisse, wie der «richtige» Konsum politischer Information für den «unmündigen Bürger» aussehe. Die Theorie der «meritorischen Güter» sei letztlich eine pseudowissenschaftliche Begründung, um eigene Überzeugungen durchzusetzen.

Als belastbarer sehen die Autoren das Argument, rein werbefinanzierte Programme führten zu einer unzureichenden Qualität und Vielfalt, weil die Sender sich nur auf Zielgruppen

fokussierten, die höhere Werbeeinnahmen generierten. Allerdings vermag auch dies nicht so recht zu überzeugen: Wenn eine entsprechende Zahlungsbereitschaft für Nischenprogramme besteht, kann diese Nachfrage durch Pay-TV-Sender gedeckt werden.

Aus ökonomischer Sicht lässt sich ein umfassendes öffentliches Fernsehprogramm heutzutage somit nicht mehr rechtfertigen: Es gibt weder ein Marktversagen zu korrigieren, noch muss man sich über die Meinungsvielfalt grosse Sorgen machen. Entsprechend konsequent ist Haucaps Forderung nach einer Privatisierung der öffentlichrechtlichen Sender in Deutschland. Ähnlich wie mit der Filmförderung liessen sich auch dann noch bestimmte Inhalte unterstützen. Dies geschähe über Ausschreibungen, an denen sich alle Sender beteiligen könnten. Förderungswürdige Inhalte würden durch eine Kommission ausgeschrieben, die einen Querschnitt der Bevölkerung abbilden sollte und der maximal ein Viertel Politiker angehörten, sagt Haucap. Allerdings fragt man sich, weshalb Politiker überhaupt Einsitz in eine solche «unabhängige Kommission» nehmen sollten.

Angelehnt ist der Vorschlag an eine Reform in Neuseeland zur Jahrhundertwende. Damals wurde der Rundfunkbeitrag abgeschafft. Für viele Inhalte gibt es kein öffentliches Geld mehr. Dazu zählen Nachrichten, Sport, das allgemeine Tagesgeschehen, Reality-TV, populäre Dokumentationen. Der Staat hat sich auf die Förderung weniger Inhalte zurückgezogen, und kein Sender besitzt mehr eine Vormachtstellung.